



Die Schweiz in den ausländischen Medien: 1. Quartal 2023

Neutralität und Angriffskrieg: Wenig Verständnis für die Schweiz

Die Positionsbezüge der Schweiz im Kontext des Ukrainekrieges stossen auch 2023 unverändert auf grosses Medieninteresse, insbesondere in Europa, den USA und Russland. Die Tonalität gegenüber der Schweiz ist dabei häufig sehr kritisch. Insbesondere die Verweigerung der Wiederausfuhr von Kriegsmaterial aus ursprünglich Schweizer Produktion durch Drittländer an die Ukraine, die damit verbundenen innenpolitischen Debatten sowie die Entsorgung von Rapier-Flugabwehrsystemen erhalten im ersten Quartal hohe Medienaufmerksamkeit. Im Fokus

«Switzerland becomes stumbling block for Western military aid to Ukraine»
(Wall Street Journal, USA)

steht zudem ein Prozess vor dem Bezirksgericht Zürich gegen Mitarbeitende der Gazprombank Switzerland wegen Geldwäscherei im Zusammenhang mit in der Schweiz deponierten Gelder aus dem Umfeld des russischen Präsidenten. Der Prozess wird von den Medien als Test für den Umgang des Schweizer Finanzplatzes mit russischen Vermögenswerten interpretiert. Häufig wird auch die Neutralität der Schweiz grundsätzlich und meist kritisch kommentiert. Themenübergreifend lassen sich verschiedene gegenüber der Schweiz kritische Narrative in ausländischen Medien und häufig besonders polemisch in den sozialen Medien identifizieren: Die Schweiz verweigere der Ukraine trotz eindeutiger Sachlage die Unterstützung, verhalte sich unmoralisch und mache sich damit zur Komplizin des Aggressors. Indem sie die Unterstützung der Ukraine durch andere westliche Länder verhindere, sei fraglich, inwieweit sie eine verlässliche Partnerin des Westens bleibe. Die Schweiz verfolge unter dem Deckmantel der Neutralität vor allem wirtschaftliche Eigeninteressen. Deshalb gehe sie etwa nur zaghaft gegen Oligarchengelder vor. In russischen Medien wird im Gegenzug weiterhin das Narrativ gepflegt, die Schweiz habe durch die Beteiligung an den EU-Sanktionen ihre Neutralität aufgegeben.



Eine Karikatur zur Haltung neutraler Staaten mit eindeutigen Anspielungen auf die Schweiz. (© Economist)



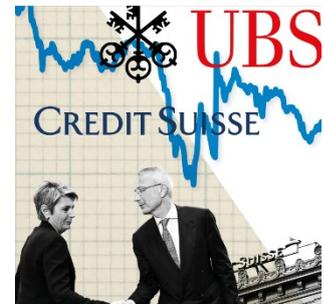
Auch in der Berichterstattung zu einem Geldwäschereiprozess stellen einige Medien Bezüge zur Haltung der Schweiz gegenüber Russland her. (© ABC)

CS: Medien stellen Vertrauenswürdigkeit der Schweiz in Frage

Die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS sowie die damit verbundenen Garantien des Bundes und der SNB sorgen in ausländischen Medien weltweit für ein ausserordentlich hohes Volumen an äusserst kritischer Berichterstattung. Im Fokus

«Two pillars of Swiss identity are under attack...the very qualities that once underpinned Swiss exceptionalism are evaporating»
(Bloomberg, USA)

der Kritik stehen in erster Linie die Credit Suisse und die befürchteten Auswirkungen auf den Finanzplatz. Das Handeln der Behörden beurteilen die Medien differenzierter, jedoch nur zu Beginn punktuell positiv und anschliessend ebenfalls mehrheitlich kritisch. Das Ereignis führe zu einem Reputationsschaden für den Schweizer Wirtschaftsstandort insgesamt, bilanzieren verschiedene Medien: Ausgerechnet die Eigenschaften, die den Finanzplatz Schweiz ausgezeichnet hätten, wie Qualität, Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und Vertrauenswürdigkeit, würden nun erodieren. Bemerkenswert ist auch, dass einige international meinungsbildende Medien die Kritik am Finanzplatz Schweiz in Zusammenhang mit den Vorwürfen mangelnder Solidarität der Schweiz im Kontext des Ukrainekrieges sowie mit den als schwierig wahrgenommenen Beziehungen der Schweiz zur EU setzen. Darauf basierend diagnostizieren ausländische Medien der Schweiz einen Verlust an Vertrauenswürdigkeit und prophezeien ein mögliches Ende des Erfolgsmodells Schweiz. Bei der Beurteilung der Medienberichterstattung zu berücksichtigen ist, dass auch ein punktuell massives Volumen an kritischen Medienberichten nicht automatisch mit einem langfristigen Schaden für die Wahrnehmung der Schweiz bei den relevanten Zielgruppen gleichzusetzen ist.

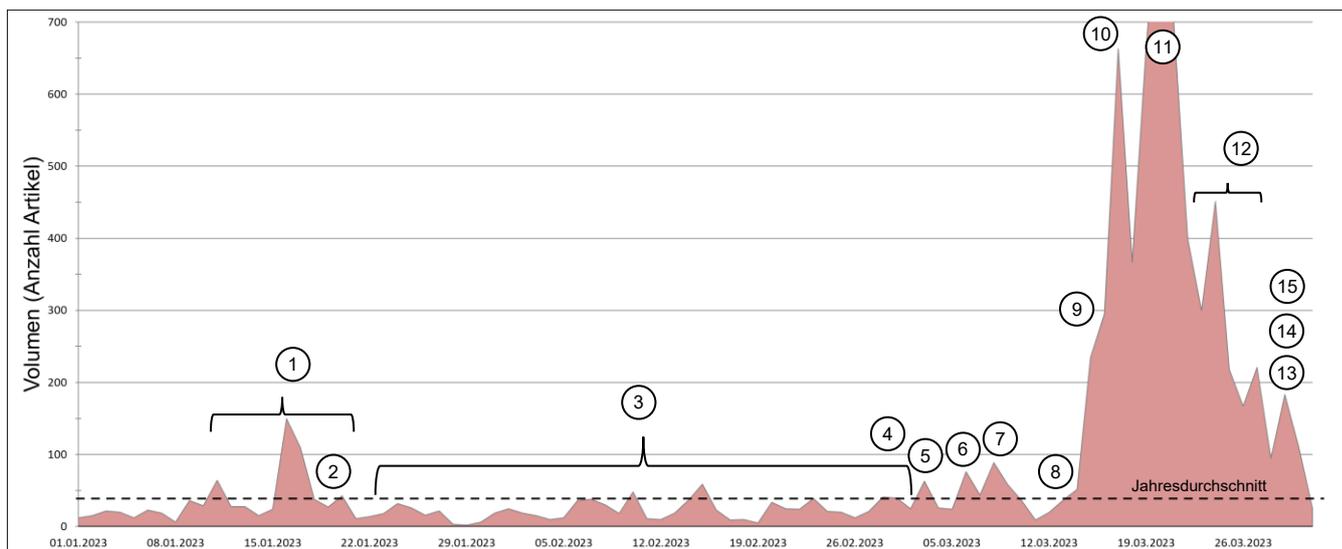


Behörden wie Banken stehen im Fokus der Berichterstattung zur CS-Übernahme (© Financial Times)



Medienkonferenz des Bundesrats anlässlich der Übernahme der CS durch die UBS. (© Telegraph)

Quantitative Entwicklung der ausländischen Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz



Entwicklung des Volumens und der Tonalität der ausländischen Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz (Volumen = Anzahl Artikel pro Tag in den analysierten Leitmedien, 01.01.2023 – 31.03.2023). Eine Spitze kann mehrere Ereignisse beinhalten.

(1) WEF in Davos (2) Magnitsky-Fall: Kritik am Entscheid, blockierte russische Vermögenswerte freizugeben (3) Neutralität und Haltung der Schweiz zur Wiederausfuhr von Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion (4) CS: FINMA-Bericht zur Greensill-Affäre (5) Anfrage Deutschland zum Erwerb Schweizer Leopard-II-Panzer (6) Toblerone muss Matterhorn und «Made in Switzerland» von Verpackung entfernen (7) Beginn Prozess gegen Mitarbeitende Gazprombank Switzerland wegen Verdachts auf Geldwäscherei im Umfeld von Putin (8) Entsorgung Raper-Flugabwehrwaffen (9) CS: Kurzsturz (10) CS: Intervention SNB (11) CS: Übernahme durch UBS (12) CS: Folgen der Übernahme (13) Verurteilung Mitarbeitende Gazprombank Switzerland (14) Prozessbeginn Klimaseniorinnen vs. Schweiz vor dem EGMR (15) CS: Sergio Ermotti neuer CEO UBS

Im Fokus: Folgen des «Fall Magnitsky» für die Schweiz

2011 eröffnete die Schweizer Bundesanwaltschaft aufgrund einer Anzeige des Investors Bill Browder ein Strafverfahren wegen Verdachts auf Geldwäscherei. Ein Teil der Gelder eines von Mitarbeitenden der Moskauer Steuerbehörde begangenen Betrugs sei in die Schweiz gelangt. International Aufmerksamkeit erhielt der Fall, weil Sergey Magnitsky, der Steuerberater Browders, in russischer Untersuchungshaft zu Tode kam. Zehn Jahre später stellte die Bundesanwaltschaft das Verfahren ein und kündigte an, die im Rahmen der Ermittlungen in der Schweiz eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Tatverdächtigen grösstenteils freigeben zu wollen. Einige dieser russischen Staatsbürger sind aufgrund der Vorwürfe im «Fall Magnitsky» aktuell von

«More Swiss "neutrality" as its authorities return stolen millions to Magnitsky's killers»

(Garry Kasparov auf Twitter)

verschiedenen westlichen Staaten, u.a. den USA und dem UK, sanktioniert, nicht jedoch von der Schweiz. Seit 2020 kritisieren ausländische Medien wiederholt und teils äusserst scharf, die Bundesanwaltschaft gehe zu unentschlossen

«Come se la Confederazione fosse più interessata al business delle sue banche che alla trasparenza internazionale»

(Corriere della sera, Italien)

gegen Geldwäscherei vor. Im Kontext des Ukrainekriegs verschiebt sich der Fokus der in den Medien geäusserten Kritik an der Schweiz: Es dürfe nicht sein, dass vom Westen sanktionierte, kremlnahe Personen unter zweifelhaften Umständen erworbene Vermögen von der Schweiz zurückerhalten würden. Parlamentsmitglieder aus dem UK und den USA kritisieren den Entscheid in diversen Medien als unsolidarisch gegenüber westlichen Partnern. Die Kritik nährt das bereits existierende Narrativ, die Schweiz stelle die wirtschaftlichen Interessen des Finanzplatzes über moralische Überlegungen. Russische Oligarchen hätten gemäss den Medienbeiträgen in der Schweiz wenig zu befürchten. Obwohl der «Fall Magnitsky» ursprünglich unabhängig vom Ukrainekrieg ist, stellen ausländische Medien diesen somit automatisch in den aktuellen geopolitischen Kontext.

Das Monitoring des Images der Schweiz in den ausländischen Medien umfasst die gesamte Medienberichterstattung mit Bezug zur Schweiz in den Leitmedien von 19 Ländern (Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Österreich, Portugal, Russland, Spanien, Südafrika, Südkorea, Türkei, USA) sowie in panarabischen und EU-Leitmedien.

Kontakt: EDA, Präsenz Schweiz, Sektion Monitoring und Analyse, Bundesgasse 32, 3003 Bern, Tel. +41 58 462 01 83, prs@eda.admin.ch, www.eda.admin.ch/praesenzschweiz